

Zehn Etappen zum Abgrund

Massenarbeitslosigkeit, schwaches Wirtschaftswachstum und alle Regierungen auf striktem Sparkurs - droht eine neue Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren?

"DIE ZEIT" Nr. 45, 1. November 1996

Ein Vergleich der gegenwärtigen Krise mit dem absoluten Elend während der Weltwirtschaftskrise ist pure Schwarzmalerei. Betrachtet man aber die relative Deklassierung von Millionen Menschen durch die derzeitige Massenarbeitslosigkeit, die steigende Armut und die sinkenden Entfaltungschancen junger Menschen, so ist der Vergleich nicht mehr so abwegig. Am größten ist freilich folgende Ähnlichkeit: die Logik - nicht das Tempo -, nach der sich die gegenwärtige Krise entwickelt hat und verschärfen wird, entspricht jener der dreißiger Jahre. Dies ergibt sich aus dem Zusammenwirken der damals wie heute wirksamen Krisenkomponenten:

- Die Dominanz der (neo-)liberalen Doktrinen: Der wichtigsten Gründe für Arbeitslosigkeit sind zu hohe Löhne und Arbeitslosengelder, der wichtigste Grund für die Staatsverschuldung ist der ausufernde Sozialstaat, das einzige Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Erhaltung des Geldwertes.
- Die daraus abgeleitete Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, aber auch zu Lasten der Unternehmen, insbesondere durch Senkung der öffentlichen Investitionen.
- Die Verlagerung des wirtschaftspolitischen Einflusses von den Regierungen zu den Notenbanken als Folge des Paradigmenwechsels vom Keynesianismus zum Neo-Liberalismus oder Monetarismus.
- Die deutlich über der Wachstumsrate liegenden Zinssätze, primär eine „Langzeitfolge“ des Kurswechsels der wichtigsten Notenbanken zu einer monetaristischen Politik Ende der siebziger Jahre.
- Die zunehmenden Konflikte zwischen Unternehmervereinigungen und Gewerkschaften, also der Übergang zu nicht-kooperativen Strategien.
- Die Instabilität der Finanzmärkte, vor allem bei Zinssätzen und Wechselkursen, und damit die erhöhte Unsicherheit für Investitionen und Handel.
- Die Zunahme nicht-kooperativer Strategien in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen: Einzelne Länder versuchen immer mehr, ihre eigene Position auf Kosten anderer durch Abwertungen, Lohnkürzungen oder Sozialabbau zu verbessern.
- Der schrittweise Verfall einer eindeutigen „leadership“ und der Verantwortlichkeit eines führenden Industrielandes für die Entwicklung der Weltwirtschaft: der Zusammenbruch des Kommunismus erleichterte es den Vereinigten Staaten zusätzlich, nichtkooperative Strategien im Interesse der eigenen Wirtschaft zu verfolgen, insbesondere durch einen unterbewerteten Dollar.

Die heutige Krise ist aus dem Zusammenwirken ähnlicher Faktoren wie in den dreißiger Jahren herangewachsen, allerdings „schleichend“ über einen Zeitraum von etwa 25 Jahren: Denn nach den Lehren aus der Weltwirtschaftskrise war in der ersten Nachkriegsphase ein System aufgebaut worden, das nur in mehreren Etappen wieder abgebaut werden kann.

Die Weltwirtschaftskrise

Der wichtigste Grund, warum sich der durch den Börsenkrach in New York ausgelöste Konjunkturerinbruch 1929 zur globalen Depression entwickelte, lag in einer Wirtschaftspolitik, welche den Doktrinen der damals herrschenden liberalen Wirtschaftstheorie folgte. Als Folge des Konjunkturerinbruches stieg die Arbeitslosigkeit, die Steuereinnahmen gingen zurück, das Budgetdefizit weitete sich aus. Darauf reagierte der Staat mit einer Sparpolitik, insbesondere auf Kosten der Arbeitslosen, gleichzeitig gingen die Löhne zurück. Beide Entwicklungen senkten Einkommen und Nachfrage der Haushalte und damit die Umsätze der Unternehmen, worauf diese mit Investitionskürzungen und weiteren Entlassungen reagierten. So drehte sich die Abwärtsspirale weiter, die schließlich in die ökonomische Depression mündete. Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch extrem hohe Realzinsen - eine Folge der restriktiven Geldpolitik der Notenbanken und fallender Preise.

Auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurde eine Sparpolitik betrieben. Die einzelnen Länder versuchten vor allem durch einen Abwertungswettlauf auf Kosten anderer ihre Importe zu bremsen und ihre Exporte auszuweiten. Die dadurch verursachte Drosselung des Welthandel verschärfte die Krise.

Im Zuge der sich vertiefenden Wirtschaftskrise nahmen die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen den Parteien kontinuierlich zu.

Die Krise heute

Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und gefördert durch den Kalten Krieg wurde nach 1945 das Modell der sozialen Marktwirtschaft entwickelt, das gemeinsam mit dem Weltwährungssystem von Bretton Woods und den GATT-Runden zur Liberalisierung des Welthandels ein anhaltend hohes Wachstum ermöglichte. Die wichtigsten Komponenten dieses „Prosperitätsmodells“ waren:

- Eine neue ökonomische Theorie, der Keynesianismus.
- Eine darauf aufbauende Wirtschaftspolitik, die sich insbesondere am Ziel der Vollbeschäftigung orientierte.
- Ein Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit.
- Eine enge Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften.
- Stabile, unter der Wachstumsrate liegende Zinssätze.
- Stabile Wechselkurse mit dem Dollar als Ankerwährung.
- Stabile Preise der in Dollar notierenden Rohstoffe.

Dieses Modell war so erfolgreich, daß in Europa schon Anfang der sechziger Jahre Vollbeschäftigung herrschte; in dieser für sie günstigen Lage stellten die Gewerkschaften neue Forderungen: eine Umverteilung zugunsten der Löhne sowie betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung. Beides wurde, auch durch Steiks, teilweise durchgesetzt. Die nachfolgende Studenten- und Ökologiebewegung drängte die Unternehmerschaft weiter in die Defensive.

In dieser Situation nahm die Bereitschaft von Ökonomen und Unternehmern zu, jene Theorie zu propagieren, die wissenschaftlich die angebliche Schädlichkeit des Wohlfahrtsstaats untermauerte: Das

Weltbild des Liberalismus, im neuen Gewand des Monetarismus, gewann wieder an Einfluß. Der Übergang des wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Mainstream vom Keynesianismus zum Neoliberalismus markiert die *erste Etappe* in der Entwicklung der gegenwärtigen Krise.

Die *zweite Etappe* bestand in der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse (1971/73), entsprechend der neoliberalen Doktrin wurde die Kursbildung dem Devisenmarkt überlassen. Die rasch einsetzende Spekulation verursachte enorme Kursschwankungen. Die zwei ausgeprägten Abwertungen des Dollar 1971/73 und 1977/78 waren wiederum der wichtigste Grund für die beiden Ölpreisverteuerungen 1973 und 1979, die nachfolgenden Rezessionen und den dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Der Übergang zu einer monetaristisch motivierten Hochzinspolitik (1979/81) markiert die *dritte Etappe*: Steigende Dollarzinsen zogen eine enorme Dollaraufwertung nach sich, wodurch auch die Dollarschulden der Entwicklungsländer aufgewertet wurden, die internationale Schuldenkrise (1982) dämpfte das Welthandelwachstum:, Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit in den Industrieländern nahmen auch deshalb weiter zu.

Die *vierte Etappe* besteht im Anwachsen des Problems der Staatsverschuldung: Als Folge der Hochzinspolitik der Notenbanken liegt der Zinssatz seit Ende der siebziger Jahre permanent über der Wachstumsrate, während er davor darunter gelegen hatte. Unter diesen Umständen haben die Unternehmen verständlicherweise ihr Finanzierungsdefizit gesenkt, um zu verhindern, daß ihre Schulden rascher wachsen als ihre Umsätze. Sie haben also ihre Investitionen von Real- zu Finanzanlagen verlagert - nicht zuletzt auch deshalb, weil letztere relativ profitabler geworden waren. Dies dämpfte Produktion und Beschäftigung, die Zahlungen an Arbeitslose stiegen, die Steuereinnahmen blieben hinter den Erwartungen zurück, die Budgetdefizite nahmen zu und damit auch die Staatsverschuldung. Bis Anfang der neunziger Jahre haben die meisten Regierungen diese Entwicklung hingenommen. Dadurch wurde das Tempo der Krisenausweitung gemildert.

Die *fünfte Etappe* wurde durch die Hochzinspolitik der deutschen Bundesbank geprägt (1989/93): Sie war nicht nur der wichtigste Grund für das Ausmaß der Rezession 1993, sondern auch für den Zusammenbruch fester Wechselkurse in Europa. Denn wichtige Länder wie Großbritannien, Spanien und Italien konnten den von der Bundesbank vorgegebenen Zinsanstieg wegen der sich verschlechternden Konjunktur und einer weiteren starken Abwertung des Dollar nicht aushalten - die US-Notenbank senkte in dieser Periode die Dollarzinsen auf das niedrigste Niveau der Nachkriegszeit.

Die *sechste Etappe*: Die Destabilisierung der europäischen Wechselkurse spaltete die EU in einen Hartwährungsblock und die Weichwährungsländer und verschärfte so die Konkurrenz der einzelnen Länder gegeneinander im Kampf um immer knappere Arbeitsplätze, der durch Abwertungen, aber auch durch Senkung von Löhnen oder Sozialleistungen ausgetragen wurde. Produktion und Beschäftigung in der gesamten EU wurden durch das Zusammenwirken dieser nicht-kooperativen Einzelstrategien weiter gedämpft.

Die *siebente Etappe* bestand in der durch den Maastricht-Vertrag gleichgeschalteten Sparpolitik der EU-Regierungen, also dem Versuch, Budgetdefizit und Staatsverschuldung zu reduzieren - und dies in einer Situation, in der die Wachstumsraten nach wie vor deutlich niedriger waren als die Zinssätze. Da die Unternehmer unter dieser Finanzierungsschranke nicht bereit sind, ihr Defizit auszuweiten, kann der Staat seine Finanzlücke nur dann wachstumsschonend senken, wenn er gleichzeitig die Überschüsse der privaten Haushalte reduziert. Das heißt, daß der Staat die Einkommen der Besserverdienenden zu seinen Gunsten umverteilt, denn nur solche Haushalte sparen bei Einkommenseinbußen eher weniger,

als daß sie auf Konsum verzichten. Eine derartige Konsolidierungsstrategie hat 1994 die amerikanische Regierung mit großem Erfolg gewählt.

Aber wegen des Spardogmas versuchten die EU-Regierungen aber, ihre Budgets primär ausgabenseitig zu konsolidieren, insbesondere durch Kürzung von Sozialausgaben. Da diese überwiegend einkommensschwächeren Schichten zufließen, wurden so der Konsum und damit die Umsätze der Unternehmen gesenkt: das Wachstum von Produktion, Investition und Beschäftigung ging zurück, das Budgetdefizit fiel Jahr für Jahr höher aus als buchhalterisch geplant.

Die Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Maastricht-Einigung (1991) ist bedrückend: Hohe Zinsen, destabilisierte Wechselkurse und eine einseitige Sparpolitik haben die Zahl der Arbeitslosen in der EU von 13 Millionen auf 18 Millionen sowie die Staatsschuldenquote von 61% auf 79% erhöht, stärker als in jeder vorangegangenen Fünfjahresperiode der Nachkriegszeit.

In der (kommenden) *achten Etappe* werden manche Regierungen die Symptomkur intensivieren und insbesondere die Unterstützungszahlungen an Arbeitslose massiv kürzen. Da Arbeitslosengelder vollständig den Konsum fließen, wird sich die Wirtschafts- und Budgetlage dadurch weiter verschlechtern.

In der (wahrscheinlich kommenden) *neunten Etappe* wird versucht werden, die Nominallöhne zu senken. Gefördert wird diese Tendenz durch Standortverlagerungen im Zuge der Globalisierung oder zumindest durch entsprechende Androhungen sowie durch das neo-liberale Dogma, daß letztlich nur so die Arbeitslosigkeit verringert werden kann. In diesem Fall könnte es auch zu einer Deflation kommen, sodaß selbst bei gutem Willen der Notenbanken der Zinssatz nicht mehr unter die Wachstumsrate gedrückt werden kann.

Im Zuge dieses Prozesses werden sich die Konflikte zwischen der Unternehmerschaft und den Arbeitnehmern oder den Gewerkschaften weiter verschärfen. Da beide Gruppen durch den Wirtschaftskreislauf aufeinander angewiesen sind - in dem Maß, in dem die Unternehmer Lohnkürzungen und Sozialabbau durchsetzen, verkleinern sie ihren Absatzmarkt - wird dadurch das Wirtschaftswachstum dadurch weiter gedämpft. Hauptgewinner dieser Entwicklung werden nicht die Unternehmer, sondern die Rentiers, die Besitzer großer Finanzvermögen, werden. Bis die Unternehmer begriffen haben, daß die Rentiers zwar nützliche Verbündete im politischen Kampf gegen Gewerkschaften und Sozialstaat sind, gleichzeitig aber die genuin unternehmerischen Tätigkeiten wie Investition und Außenhandel durch hohe Zinssätze und schwankende Wechselkurse beeinträchtigen, werden einige Krisenjahre vergehen.

In den internationalen Beziehungen werden nicht-kooperative Strategien im Kampf der Triade Vereinigte Staaten, Europäische Union und Japan um die weltwirtschaftliche „leadership“ weiter zunehmen, verstärkt durch den Druck der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa und der Deklassierung der Mittelschicht in den USA. Eine ähnliche Entwicklung könnte sich innerhalb der EU dann ergeben, wenn das Projekt einer Einheitswährung verschoben wird oder gar scheitert.

In der *zehnten Etappe* werden die neo-liberalen Experimente so gründlich gescheitert sein, daß ihre Theoretiker in eine Sinnkrise und ihre Praktiker in eine politische Krise stürzen. Erst dann wird eine neue Wirtschaftstheorie und eine darauf basierende Gesamtstrategie entwickelt werden können. Gemeinsam mit einer wieder engeren Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften werden sie das Fundament für den Beginn eines neuen Wachstumszyklus bilden.